

BUNDESHAUSHALT

Mehr Schulden

Mit einer dramatischen Verschlechterung der Haushaltslage rechnet die rot-grüne Bundesregierung. Nach einem internen Regierungsvermerk steigt die Neuverschuldung des Bundes bereits im nächsten Jahr auf 61,5 Milliarden Mark. Das sind rund fünf Milliarden mehr als von Ex-Finanzminister Theo Waigel (CSU) eingeplant. Um zu verhindern, daß der Haushalt gegen das Verfassungsgebot verstößt – die Neuverschuldung darf nicht höher als die Summe der Investitionen ausfallen –, empfehlen die Haushaltsexperten Finanzminister Oskar Lafontaine (SPD), die dann noch verbleibende Lücke von rund 1,5 Milliarden Mark sei „durch Haushaltseinsparungen oder Mehreinnahmen zu schließen“. Noch drastischere Ergebnisse offenbart der Kassensturz für die Jahre ab 2000. Danach muß der Bund im übernächsten Jahr 13,5 Milliarden Mark mehr Schulden machen als bisher geplant, 2002 sogar 22,5 Milliarden.

Nur mit einem harten Konsolidierungskurs könnte die Bundesregierung dann noch einen verfassungsgemäßen Haushalt vorlegen. Nach den Berechnungen müßte für die Jahre 2000 bis 2002 jährlich ein „Volumen von rund 10 Milliarden Mark“ gespart beziehungsweise mehr eingenommen werden. Andernfalls werde der im Grundgesetz festgelegte Kreditrahmen im Jahr 2000 erstmals überschritten, und zwar um 8,5 Milliarden Mark.

Auch die Koalitionsvereinbarung führt zu weiteren Milliardenkosten. Ein interner Vermerk zählt 20 Maßnahmen auf, die bei den bisherigen Berechnungen gar nicht berücksichtigt sind. Dazu gehört etwa das Sofortprogramm für 100 000 arbeitslose Jugendliche, das Aufbauprogramm „Zukunft Ost“ sowie höhere Investitionen in Wissenschaft und Forschung.



Waigel, Lafontaine bei der Amtsübergabe

Haushaltslage 1999 in Milliarden Mark

Mehrbelastungen		Entlastungen	
Etatsanierung Bremen/Saarland	1,5	Postbank-Privatisierung	3,0
Konjunkturbedingte Steuerausfälle und Arbeitsmarktausgaben	2,5	Wohnungsverkauf Bundeseisenbahnvermögen	1,0
Steuerausfälle wegen höherer Pensionsrückstellungen	0,5	Geringere Zinsausgaben	0,6
Kredit-Bürgschaften für Rußland	2,0		
Sonstiges	2,9		
Interne Berechnung der Bundesregierung	-9,4	DER SPIEGEL	+4,6



Internet-Seite der Polizei (Ausschnitt)

DAIMLER-ERPRESSUNG

Kennwort „Xantipe Ypsilon“

Der Erpresser, der von dem Daimler-Benz-Konzern zehn Millionen Mark verlangt und andernfalls mit Steinwürfen auf Mercedes-Fahrer droht,

kommuniziert über das Internet mit der Polizei. Bei der Sonderkommission „Cäsar“ des baden-württembergischen Landeskriminalamtes (LKA) laufen die Kontakte über die Internet-Adresse „www.polizei-bw.de“. Dort unterhält das Stuttgarter LKA eine Mitteilungsseite, auf der „Edi“, der „Elektronische Detektiv im Internet“, Bürger auffordert, ihre „Mitteilungen/Anzeigen“ an das LKA zu senden.

Der Daimler-Erpresser nutzte offenbar das Mitteilungsfeld der „virtuellen Dienststelle“ für seine Zwecke. Als Kennwort verwendet der Erpresser den Begriff „Xantipe Ypsilon“. Unter diesem Codewort kann der Erpresser auch direkt Nachrichten an ihn abrufen. Mit guten Internet-Kenntnissen hat der Kriminelle weit höhere Chancen, unentdeckt zu bleiben, als bei Kontakten via Telefon. Denn während jeder Anruf in kurzer Zeit zurückverfolgt werden kann, erlaubt es das Internet eher, anonym zu bleiben.

AUSWÄRTIGER DIENST

Diplomaten-Rochade

Wichtige Posten im Auswärtigen Amt will Außenminister Joschka Fischer mit neuen Leuten besetzen. Als Botschafter in Washington favorisiert der grüne Diplomaten-Chef den früheren SPD-Abgeordneten Karsten Voigt. Der Außen- und Sicherheitspolitiker gilt als der Sozialdemokrat mit den besten USA-Verbindungen. Jürgen Chrobog, derzeit Botschafter am Potomac, könnte Staatssekretär im Außenministerium oder Nato-Botschafter werden. In Brüssel muß Joachim Bitterlich, gerade erst zum Botschafter bei der Allianz bestimmt, um seinen Job fürchten: In einer der letzten Kabinettsitzungen hatte ihn Helmut Kohl nach Brüssel versetzt, ohne Gerhard Schröder und Fischer vorher zu fragen. Nun soll Bitterlich zügig auf einen weniger wichtigen Botschaftsposten versetzt werden.